Arbeitsgemeinschaft
zum Erhalt der Gymnasien mit Regionalschulteil in Schleswig-Holstein

Schulverband Hohenwestedt Schulverband Eiderstedt Schulverband Gettorf u. Umgebung
Amt Föhr-Amrum Schulverband Sylt

An den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Thorsten Albig

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Schulverbände Hohenwestedt, Eiderstedt, Sylt und Gettorf und Umgebung sowie das Amt Föhr-Amrum sind Schulträger der fünf im Land existierenden Gymnasien mit Regionalschulteil. Diese Gymnasien wurden als gymnasiale Sonderformen durch das Bildungsministerium genehmigt. Sie bilden in ländlichen Räumen eine einzigartige Konstruktion, um das Bildungsangebot auch außerhalb der Ballungszentren breit aufzustellen und den Schüler/innen vor Ort Zugang zu allen Bildungszweigen zu bieten. Durch das parallele Angebot verschiedener Bildungsgänge wird den Schüler/innen eine Durchlässigkeit in den Bildungswegen geboten, die sonst so nicht gegeben wäre. Dadurch erhalten die Schüler/innen trotz der ländlichen Umgebung vergleichbare Bildungschancen.

Die starke Nachfrage vor Ort nach diesem Bildungsangebot beweist die Wertschätzung, die diese Schulform bei Schüler/innen und Eltern genießt. Den Schüler/innen bleiben weite Wege und lange Fahrzeiten erspart, die Regionen bleiben als Lebensräume attraktiv. Die Gymnasien mit Regionalschulteil haben sich an ihren jeweiligen Standorten zu positiven Standortfaktoren entwickelt.

Die Schulträger haben im Vertrauen auf die Genehmigung durch die Landesregierung bereits erhebliche Investitionen getätigt und sind zum Teil immer noch dabei, um ihre Schulen baulich und inhaltlich sach- und fachgerecht auszustatten.

Die Vereinbarung der Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag, künftig alle Regionalschulen in Gemeinschaftschulen umzuwandeln, gefährdet diese positive Entwicklung. Die Existenz der Gymnasien mit Regionalschulteil ist damit nachhaltig bedroht - und damit die Entwicklung ganzer Regionen. Die bereits getätigten Investitionen drohen ins Leere zu laufen, die Folgen für die Schüler/innen, die sich weiterhin für eine reine Gymnasialausbildung entscheiden sollten, wären unabsehbar, da es diese Schulformen nur noch in größeren Städten gäbe. Es kämen deutlich längere Fahrzeiten auf die Schüler/innen zu, die weder ökologisch noch ökonomisch vertretbar wären, vom Verlust an Lebensqualität bereits für die jungen Menschen ganz zu schweigen. Die Folge wären schon mittelfristig weitere Abwanderungen von Familien in die Ballungsgebiete und die Verhinderung von Zuzügen, die demographische Schieflage in den ländlichen Räumen würde sich weiter verschärfen.

Wir, die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zum Erhalt der Gymnasien mit Regionalschulteil, fordern Sie auf, als Landesregierung zu Ihrem einmal erteilten Wort zu stehen und den bestehenden Gymnasien mit Regionalschulteil im Interesse der betroffenen Schülerinnen und Schüler dauerhaft Bestandsschutz zu gewähren.

Für einen dauerhaften Erhalt der Gymnasien mit Regionalschulteil!

(Unterschriften von Schulträger, Schulleiter und Schulelternbeirat?)